

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 115. Ratssitzung vom 7. September 2016

2192. 2015/401

Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 09.12.2015: Unterkunft für Asylbewerbende in der Messehalle 9, Information der Öffentlichkeit sowie anfallende Kosten für die Fertighäuser und den Betrieb

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 469 vom 8. Juni 2016).

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung: Die Stadt mischt sich oft in Bundespolitik ein, so etwa bei der Unternehmenssteuerreform III, die auf Druck der EU zustande kommt. Hier machte die Stadt dem Kanton in einer Medienmitteilung Vorwürfe. Wenn es um das Asylchaos geht, ist plötzlich Funkstille. Die Stadt verweist darauf, dass der Kanton Vorgaben gemacht habe und man diese umsetzen müsse. Dieses Jahr wurden bereits 30 000 Fälle von illegalen Einwanderungen in die Schweiz registriert. Die Personen, die einen Asylantrag stellen, werden im System weitergeleitet und werden unter anderem auch nach Zürich gewiesen. Wir können nichts gegen den Ansturm von Sozialmigranten machen. In der Antwort des Stadtrats auf die Interpellation ist zu lesen, dass der grösste Teil der Migranten aus Eritrea stammt. Man weiss, dass in Eritrea kein Krieg herrscht. Eine Person, die nicht an Leib und Leben bedroht ist, ist kein Flüchtling. Bundesparlamentarier, auch linke, haben Eritrea besucht und bestätigen dies. Hier finden ein grosser Missbrauch und eine Verlüderung der humanitären Tradition in der Schweiz statt. Die SP ruft dazu auf, dass man Leute illegal ins Land holen soll, die Präsidentin der Juso handelte sich eine Strafanzeige ein, weil sie öffentlich dazu aufrief, das Schlepperwesen zu unterstützen. Der Grundsatz ist richtig, dass jemand, wenn an Leib und Leben bedroht, in ein anderes Land gehen kann und dort würdevoll und mit vollem Respekt Schutz erhält und sich in die Gesellschaft integrieren kann. Dieser Grundsatz wird aber zerstört, indem hauptsächlich Sozialmigranten kommen. Bis zu 90 % der Ankömmlinge in den Asylzentren tauchen unter. Das ist ein starker Hinweis auf das Ausmass des Asylmissbrauchs in der Schweiz. Die Stadt müsste sich nun gegenüber dem Kanton oder dem Bund äussern, dass sie kein Asylchaos haben möchte. Das wünschen sich diejenigen Bürger, die möchten, dass das Asylwesen einen Rückhalt in der Bevölkerung erhält. Wenn bis zu 90 % der Ankömmlinge untertauchen und der Verdacht naheliegt, dass sie kein Anrecht auf Asyl haben, wird die Akzeptanz dieses humanitären Systems durch die linken Parteien und das Asylchaos kaputtgemacht. Man sollte jetzt reagieren und den Zustrom von Sozialmigranten unterbinden.

Weitere Wortmeldung:

Stephan Iten (SVP): Einige Anmerkungen zur Messehalle 9. Es ist klar, dass die AOZ unter Druck steht. Der Druck entstand durch die verfehlte Asylpolitik. Die Stadt ist daran nicht ganz unschuldig. Das rechtfertigt aber noch lange nicht, dass die Bevölkerung hintergangen und vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Die AOZ plant heimlich neue Asylzentren, und zwar so, dass niemand etwas erfährt und niemand Einspruch erheben

2 / 2

kann. Die Nachbarn werden lediglich mit einem Flyer über das Asylzentrum informiert. Dieses Vorgehen halte ich für dreist. Wir sind ein Rechtsstaat. Bei jeder Baueingabe haben wir das Recht, Einspruch zu erheben. Bei Asylheimen hingegen soll das Volk schweigen und pünktlich Steuern zahlen. Nun brummt der Bund der Stadt plötzlich ein höheres Kontingent an Flüchtlingen auf. Die AOZ rennt kopflos in der Gegend herum, reisst sich jedes vorhandene Objekt unter den Nagel und richtet planlos neue Asylunterkünfte ein. Dass dabei hin und wieder etwas schiefgeht, kann vorkommen. Es geht aber ins Geld. Man könnte nochmals sauber von vorne beginnen, die geplanten Termine verschieben und neue Offerten einholen und prüfen. Man geht aber erneut kopflos vor und verlangt überteuerte Alternativen. Zum Vergleich: Winterthur, eine Stadt, die ebenfalls unter demselben hohen Druck steht, hat für die Holzhäuschen, die Zürich ohne Gegenofferte bestellte, 2000 Franken weniger pro Stück bezahlt. Die Halle 9 benötigte 62 solcher Häuschen. Man kann sich ausrechnen, wie viel man hätte sparen können, wenn richtig geplant worden wäre. Dass mit Steuergeldern so unverantwortlich umgegangen wird, ist dreist. Es ist auch das Steuergeld derjenigen Nachbarn, die ohne Vorwarnung über Nacht ein neues Asylheim vor die Nase gesetzt erhalten. Wir haben in Zürich-Nord bereits genügend Asylheime. Der Stadtrat und die AOZ sollten ein Auge darauf haben, dass ab sofort keine neuen Asylheime in Zürich-Nord geplant werden. Zudem sollte der Stadtrat dafür sorgen, dass künftig besser geplant und weniger locker mit dem Geld des Steuerzahlers umgegangen wird.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat